

Sachsen will Flüchtlinge schneller in Arbeit bringen

Nicht mal jeder dritte Asylbewerber in Sachsen arbeitet, selbst wenn er könnte. Das will die Bundesregierung mit dem "Job-Turbo" ändern. Eine erste Bilanz.



Um arbeitslose Geflüchtete schneller zur Arbeit zu verhelfen, startete die Bundesregierung im Oktober 2023 die Initiative "Job-Turbo". Nun gibt es eine erste Bilanz. © dpa-Zentralbild

Von Natalie Stolle

3 Min. Lesedauer

Nach acht Jahren sind von den Flüchtlingen, die 2015 gekommen sind, nur rund ein Drittel auf dem sächsischen Arbeitsmarkt angekommen. Auch die Vermittlung ukrainischer Kriegsflüchtlinge in Arbeit mit einer derzeitigen Beschäftigungsquote von 19,3 Prozent verläuft schleppend. Das will der Freistaat ändern.

Die im Oktober 2023 gestartete Initiative der Bundesregierung "Job-Turbo" soll Geflüchtete, sowohl aus der Ukraine als auch aus anderen Herkunftsländern, den Einstieg erleichtern. Dabei werden die Geflüchtete in drei Stufen unterstützt - dem Erlernen von Deutsch, der Qualifizierung für einen Beruf und einer Weiterentwicklung zur Fachkraft. Die kommunalen Jobcenter stehen dabei im ständigen Austausch mit den Bewerbern und Bewerberinnen.

Am Mittwoch erklärten Sozialministerin Petra Köpping, Thomas Kralinski, Staatssekretär im sächsischen Wirtschaftsministerium (beide SPD), wie das Projekt im Freistaat vorankommt. Ende Januar 2024 waren 10.394 Menschen aus acht Herkunftsländern und 12.278 Ukrainer und Ukrainerinnen arbeitslos gemeldet.

Das nur jeder fünfte Kriegsflüchtling aus der Ukraine arbeitet, würde nicht an fehlendem Willen liegen, sagt Michaela Ungethüm, Geschäftsführerin der Landesarbeitsagentur in Chemnitz. Eine Befragung von 19.000 Ukrainern hätte ergeben: 93 Prozent wollen arbeiten. Das erklärt Ungethüm mit der wachsenden Bleibeperspektive. Die Geflüchteten hätten unmittelbar nach ihrer Flucht auf eine Rückkehr in ihre Heimat gehofft und nicht nach Arbeit in Deutschland gesucht. Das würde sich mittlerweile ändern.

Sprachliche Hürden und lange Wartezeiten

Für alle, ob aus der Ukraine oder anderen Ländern, sind fehlende Sprachkenntnisse die größte Hürde. Das bestätigt auch Dietrich Enk, Präsident des Unternehmerverbandes Sachsen, aus seinem eigenen Betrieb. "Wir wollen ein Einwanderungsland und attraktiv für Einwanderung sein, aber es ist unheimlich schwer gewesen, einem somalischen Mitarbeiter zu seinem deutschen Führerschein zu verhelfen.", so Enk. Dass die Sachsen zudem selbst wenig Englisch sprechen, bezeichnet er als "elitär".

Um Geflüchteten grundlegende Deutschkenntnisse zu vermitteln, sollen sie an Sprach- und Integrationskursen teilnehmen. Die Arbeitsagentur bietet die Kurse für alle Flüchtlinge an. Von den 29.500 ukrainischen Geflüchteten, die arbeiten könnten, haben bis Januar 2024 aber nur 7.200 teilgenommen.

Sozialministerin Petra Köpping betonte, mit einem Sprachkurs allein sei es nicht getan. Die Sprachkenntnisse könnten praxisnah in Verbindung mit dem Beruf geübt werden. Bereits bei der Erstaufnahme sollte deshalb überprüft werden, welche Kenntnisse und Fähigkeiten die Geflüchteten mitbringen, fordert die SPD-Politikerin. Ein Vorgehen, das auch 2015 bei dem großen Flüchtlingszustrom angewendet wurde.

Aber auch Behördenleistungen sollen schneller werden. Köpping nennt als Beispiel die Fristkürzung des Arbeitsverbots von neun auf drei Monate, die im November 2023 beschlossen wurde. "Das ist eine Erfahrung, die ich als Integrationsministerin immer wieder gemacht habe: Die Motivation, wenn Menschen zu uns kommen, ist am Anfang am größten", so Köpping. Deshalb müsse die Berufsankennung beschleunigt werden, fordert sie.

Unternehmer in der Pflicht Geflüchtete einzustellen

Thomas Kralinski zeigt sich froh über den Job-Turbo, da dadurch s Geflüchtete und Unternehmen schneller in Kontakt kommen können. "Es gibt ein afrikanisches Sprichwort, dass man für die Kindererziehung ein ganzes Dorf benötigt. So ähnlich ist es auch mit der Arbeitsmarktintegration", sagt Kralinski. Er sieht die Unternehmer in der Pflicht, Geflüchtete auch dann einzustellen, wenn die Sprachkenntnisse noch etwas holprig sind.

"Es ist notwendig, dass wir den kleinen und mittelständischen Unternehmen klar machen, dass die Integration in Arbeit wirklich gewollt ist", sagt Enk. Er sieht noch eine andere Hürde: "Dass Geflüchtete mit einem Duldungstitel zwar arbeiten dürfen, aber dennoch abgeschoben werden können". Auch das müsse sich ändern